

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis für den Monat März 1923. — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr 1923. — jährl. Postbestellgeld. Einzelnummern 70 Mt. = Extrablatt Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad, Postkonto: Direction d. Discontoges. Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum Mt. 120 — auswärts Mt. 130. — Reklamezeile 300 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Anstuferteilung werden jeweils 25 Mt. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 3 Uhr vormittags. In Konfirmationsfällen aber wenn gerichtliche Bezeichnung notwendig wird, fällt kein Zuschlag in Betracht.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Berlin und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 63

Kernul 179

Wildbad, Freitag, den 16 März 1923

Kernul 179

8

Die Abriegelung des linken Rheinufers.

Von Dr. Herbert Stegemann.

Während die französischen Generale im Ruhrgebiet ein bisher in der Geschichte der modernen Völker unerhörtes Sondereingreifen führen, ist die französische Politik am linken Rheinufer nicht müde, sondern bereit emsig und geschickt die Verwirklichung des großen Zieles vor, das ihr seit Jahrtausenden vorgeschwebt hat, und von dem die Ruhraktion einen wichtigen Teil darstellt. Der Versailler Vertrag hat bekanntlich den alten Traum Frankreichs, die Gründung eines rheinisch-westfälischen Luffersstaates unerfüllt gelassen. Jetzt, da England und Amerika sich mehr oder minder von den europäischen Dingen zurückgezogen und Frankreich freie Hand gelassen haben, schickt sich Frankreich an, die „vorläufigen Pfänder“ des Versailler Vertrages in dauernde Besitztümer umzuwandeln und seine Deutschland gegenüber schon seit unserem Zusammenbruch befolgte Zertrümmerungs- und Zermürbungs- politik zum siegreichen Ende zu führen. Dazu gehört vor allen Dingen eine restlose Abschneidung des linken Rheinufers, und Frankreich ist, rein äußerlich betrachtet, auf dem besten Wege, dieses Ziel zu verwirklichen.

Schon äußerlich zeigt das Bild der Karte deutlich, welche Gefahren die neue Grenzregulierung in der bisher neutralen Zone birgt. Mit der Besetzung Emmerichs und Wesels sind nicht nur die letzten Häfen des Niederrheins unter französische Aufsicht gestellt, sondern zugleich der Verkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden an den wichtigen Uebergängen unterbunden. Vor allem ist nun der linke Niederrhein mit seinen alten Sonderbündlernestern Cleve, Coes und Aanten der Einwirkung der öffentlichen Meinung aus dem unbefestigten Deutschland entzogen. In diesem Bogen zieht sich heute die Grenzlinie zum eigentlichen Ruhrgebiet bis nach Dortmund und Aachen hinaus, um erst bei Hagen und unter Umgehung des außerordentlich wichtigen „Kontrollbahnhofes Hengsteyn“ über Barmen-Essenfeld wieder die unmittelbare Verbindung mit den rheinischen Städten Köln und Düsseldorf zu ermöglichen. Weiter nördlich haben dann die Franzosen auch die englische Besatzungszone völlig von der unmittelbaren Verührung mit dem reichsdeutschen Nachbarn abgeschnitten und durch Besetzung der „Flaschenhälften“ Königswinter und Caub die letzten Zugänge geschlossen, die zwischen den Brückenköpfen Köln und Coblenz bzw. Mainz noch den Zutritt zum ehemals deutschen Rheinstrom ermöglichten. Dem rechten Ufer selbst ist so ein dreifaches Glatz vorgelegt, wie es sich bereits vor zwei Jahrtausenden die Römer zur Sicherung ihres gallischen Besitzes schufen. In nahezu 50 Kilometer Entfernung erst ermöglichen die Eisenbahnen jenseits des rheinischen Schiefergebirges einen Nord-Südverkehr, der die große rheinische Strecke mit ihren wundervoll ausgebauten bahnen Schienenpaaren auch nicht im mindesten zu ersetzen vermag. Jedenfalls muß sich schon heute ein Kurier, der die Zollgrenze durchqueren will, mühsam auf unwegsamem Pfaden und in tagelanger Schleifbahn den Durchgang zum Rhein hin und aus linke Ufer erkämpfen.

Was diese Tatsache aber auch für die Erhaltung einer nationalen Versinnung am linken Rheinufer und insbesondere an der Westgrenze des altbesetzten Gebietes bedeutet, zeigt ein weiterer Blick auf die Verkehrslage. Durch das Eingreifen französischer Truppen in den Betrieb und durch den passiven Widerstand, der sich uns als die einzige Waffe bot, ist vor allem das Eisenbahnetz des linken Rheinufers in Mitleidenschaft gezogen worden, da auf dem dichter besiedelten rechtsrheinischen Gebiet Straßenbahnen und Lastkraftwagen einen immerhin noch einigermaßen regelmäßigen Verkehr sichern. Nach Aachen aber und z. B. nach Trier gelangt man seit Wochen nur auf zahlreichen Schleifwegen und unter Benutzung der verschiedensten Fahrzeuge, denn die große Auto-Omnibusverbindung zwischen Köln und Trier ist mit ihren unerschwinglichen Preisen von vornherein nur für valutarstarke Ausländer und für sehr kapitalkräftige Geschäftsreisende benutzbar.

Der breite Strom der öffentlichen Meinung stockt hier und kann unmöglich den breiten Gürtel durchdringen, der sich von der Grenze des Brückenkopfes Köln nach Westen ausdehnt. Es ist ganz klar, daß bei einer innerpolitischen Krise hier eine Verständigung nicht rasch durchzuführen sein wird, das aber liegt gerade in der Absicht der Franzosen. Und so schließt sich für jeden, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, eine Masche des Reges folgerichtig an die andere.

Tagespiegel

Für die Einlösung der am 15. März fälligen und von Schweizer Banken diskutierten sogenannten belgischen Reichsschatzwechsel hat die Reichsbank wieder rund 48 Millionen Goldmark an die Bank von England überweisen. (Es handelt sich um die Vorratshilfe Belgiens auf die Kriegsschuldengeldleistungen des Jahres 1922.)

Köln, 15. März. Der P a p s t hat 50 000 Lire für die Bevölkerung des Einbruchgebietes gespendet.

Organisch in diesen französischen Abschneidungs- und Abriegelungsplan hinein, fügte sich die systematische Vernichtung der Zeitungen, die Frankreich und Belgien, insbesondere auf dem linken Rheinufer, bald für drei, bald für fünf Tage bis zu vier Wochen zu unterdrücken wissen. In seinem letzten Protest konnte der deutsche Reichskommissar in Koblenz bereits von mehr als hundert einzelnen Verböten sprechen, und diese Zahl hat sich im Laufe der letzten vier Wochen wieder beträchtlich erhöht. In die durch den Wegfall der deutschen Zeitungen entstehenden Lücken greift der Franzose nun geschickt und skrupellos durch die von ihm hergestellten Ersatzzeitungen ein, die sehr bereitwillig von ihnen an die Straßenecken gehetzt oder gar den Deutschen ins Haus gebracht werden. Meist in überaus geschickter Aufmachung werden die verschiedenartigsten Nachrichten untereinander gesetzt, und nur der geschulte Fachmann merkt allmählich, wie sich hinter alledem eine ganz raffinierte Tendenz verbirgt. Erfahrungsgemäß wirkt eine tüchtige Propaganda weit mehr durch raffinierte Aufmachung von Nachrichten als durch betartitel, und so sind die Franzosen, ohne daß die überwältigende Mehrheit der Leser auch nur eine Ahnung davon hat, eifrig am Werk, allmählich die ganze Gedankenrichtung des besetzten Gebietes nach Westen umzustellen. Hin und wieder wird durch einen geschickt eingefügten Leitartikel, eines deutschen Blattes eventuelles Mißtrauen zerstreut, und das Vertrauen zur Zuverlässigkeit der verbreiteten Nachrichten wieder hergestellt. In ihrer ganzen Arbeit wird die französische Propaganda durch sogenannte Deutsche, wie Herrn Friedrich Wilhelm Förster, auf das wirksamste unterstützt, und die Franzosen sorgen dafür, daß seine stilistisch meist gut geschriebenen Aufsätze aus seiner Wochenschrift „Die Menschheit“ im besetzten Gebiete weiteste Verbreitung finden. Selbst die Abprüfung der rheinischen Wirtschaft dürfte kaum so verhängnisvolle Folgen haben, wie diese geistige Fälschung des besetzten Gebietes. Gelingt es nicht, die französischen Zeitungsverbote einzuschränken, und die Bevölkerung des besetzten Gebietes wieder mit deutschen Nachrichten und Blättern zu versorgen, so ist die Gefahr groß, und Pflicht des unbefestigten Deutschlands ist es, sich dieser geistigen Not der deutschen Brüder im besetzten Gebiet mit allen Kräften anzunehmen und die feindlichen Hände, die der Franzose zu zerreißen droht, wieder fester zu knüpfen.

„Das Geflenne von Verhandlungen“

Woher diese verächtliche Absage? Von keinem Geringeren als dem bekannten sozialdemokratischen Minister Severing. Energischer hätte ein bürgerlicher oder gar ein rechtsstehender Minister sich nicht ausdrücken können.

Gerade diese Frage spielte in der letzten Reichstagsrede unseres Kanzlers Dr. Cuno eine bedeutsame, vielleicht sogar entscheidende Rolle. Verhandeln und verhandeln, ist zweierlei. Der Kanzler will nicht ohne weiteres alle und jede Verhandlung, und damit auch alle und jede Verständigung abweisen. Rein, er betonte mit Nachdruck, daß Deutschland zu Verhandlungen bereit sei, aber — und nun kommt die entscheidende Einschränkung — „auf dem Boden der Gleichberechtigung“.

Was heißt das eigentlich? Man hat Dr. Cuno den Vorwurf gemacht, er habe unterlassen, es klipp und klar auszusprechen, daß die Franzosen, bevor von Verhandlungen mit ihnen die Rede sein könne, das Ruhrgebiet verlassen müßten.

Als ob sich das nicht von selbst verstände! Eine „Gleichberechtigung“ besteht insoweit nicht, als der eine der Vertragsschließenden geschlossene Bajonette dem andern auf die Brust hält. Das ist keine Verhandlung mehr, genau so wenig, als wenn der Räuber mit geladenem Revolver vor dem Wanderer steht. „Verhandeln“ und „diktieren“ sind zwei himmelweite verschiedene Begriffe.

So war es seiner Zeit beim Versailler Vertrag. Das war kein Vertrag. Das war ein Diktat, bei dem nur die Wahl zwischen bedingungsloser Annahme oder glatter Absegnung bestand.

Ganz dasselbe hat nun Frankreich nach dreieinhalb Jahren wieder mit uns vor. Oder hat Poincaré dies in den letzten Wochen nicht wiederholt ausgesprochen? Und jetzt wieder in Brüssel! Wenn Daily Mail, jenes bekannte deutschfeindliche Blatt, das uns im Kriege so unendlich viel geschadet hat, richtig beraten ist, will Frankreich nur dann mit Deutschland verhandeln, wenn es rundweg erklärt, daß die Ruhrbesetzung ein rechtmäßiger Akt gewesen wäre. Dazu sollen noch allerlei Forderungen kommen: Die Verlängerung der Besetzungsdauer der Rheinlande, ewige internationale Kontrolle über die Eisenbahnen im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden, verwaltungstechnischer Zusammenschluß von Ruhr-, Saargebiet und Rheinlanden, künftige Auslieferung der Saar-Bergwerke in französischen Besitz u. dgl. m., also lauter Dinge, die sogar über den Versailler Vertrag hinausgehen und somit eine ganz gewaltige Verschärfung dieses Schanddikts bedeuten.

Es ist gut, daß in Brüssel zunächst nur die Franzosen und die Belgier sich ein „Stellchen“ geben. Trotzdem geht aus diesen Forderungen schon klar hervor, was Frankreich unter „Verhandlungen mit Deutschland“ versteht.

Aber wie wird das enden, wenn wir uns nicht auf Verhandlungen einlassen? Das läßt sich jetzt nicht voraussagen. Eines ist gewiß: jede Verhandlung im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die Verzögerung der Ruhrbesetzung, und damit die Verzögerung des Ruhrgebietes und seine dauernde Auslieferung an Frankreich.

Wer das haben will, der kann mit Poincaré verhandeln, heute lieber als morgen. Wer aber will, daß wir Deutsche wieder frei sind, „wie unsere Väter waren“, der wird heute nichts von „Verhandlungen“ wissen wollen.

Also „handeln, nicht verhandeln“ — das war die einmütige Auffassung von Regierung und Reichstag. „Handeln“ nicht in dem Sinne von „loschlagen“. So etwas wäre heute ein tödlicher Wahnsinn oder ein wahnwitziger Selbstmord. Aber auch der „passive Widerstand“ ist ein Handeln, ist ein Abwehrkampf, zu dem das deutsche Volk, wenn es einmal, so heute in vollem Maß und Umfange bereit ist, jener Abwehrkampf, von dem die schwedischen Bischöfe in ihrem Schreiben an den Erzbischof von Köln zeugten, es sei eine „fürchterliche Prüfung, in welcher das deutsche Volk durch wunderbare Kraft der Selbstbeherrschung und des Ausharrens wie nie zuvor seine Größe zeigt“.

Sorgen wir dafür, daß unsere nordgermanischen Brüder in ihrer Bewunderung Recht behalten!

W. H.

Französische Kriegsjustiz

Die Morde im Ruhrgebiet

Ein im rheinischen Justizdienst ergrauter höherer Beamter, der aus dem besetzten Gebiet nach Berlin gekommen ist, berichtet mir: Das tödlich gewordene französische Militär im Ruhrgebiet hat den aufgeklärten Tatbestand, daß in Buer zwei Franzosen ums Leben kamen, zum Anlaß genommen, um sofort ohne Unterbrechung, ohne Gericht, ohne Urteil zwei Deutsche, nein, sieben Deutsche, ums Leben zu bringen. Die französische Presse wird von „standrechtlichen Erschießungen“ fesseln. Aber es war glatter Mord. Der Kriminalbeamte Burkhoff wird auf die Anzeige eines Polen hin, der irgendwie mit ihm verfeindet war, nachts aus seiner Wohnung herausgeholt, im Arrestlokal mißhandelt, dann von französischen Gendarmen hinter das Rathaus von Buer geschleppt und dort erschossen. Angeblich „auf der Flucht“. Es war glatter Mord. Der Monteur Wittenhagen wird in derselben Weise verhaftet, gequält, auf den Anzeimshof gesetzt, und erhält eine tödliche Augent in den Kopf. Glatter Mord! Als einziger Vorwand diente: Die beiden Hingerichteten seien „nationalistischer Gesinnung“ verdächtig gewesen und der eine habe — laut polnischer Anzeige — geäußert, er werde in nächster Zeit einen oder mehrere Franzosen töten. Bei der nächsten Erschießung liefen natürlich Menschen herbei. Die französischen Kriegshelden betrachteten diese als eine feindliche Ansammlung und knallten ihre Flinten los. Ergebnis: Fünf weitere Einwohner von Buer liegen sterbend auf dem Pflaster. Das war die Rache für den Tod des Leutnants Collen und des Technikers Jolly. Wer an dem Tod dieser beiden die Schuld trägt, darüber scheinen die Besatzungsbehörden, die der rnfache Nachforschung vermeiden zu wollen, nachdem sich die Zeugnisaussagen häufen, daß die beiden Franzosen mit Alpenjägern wegen des Wirtshausverbots in Wortwechsel geraten waren und höchst wahrscheinlich von jenen erschlagen worden sind. Diese Spur wird von den Franzosen mit Absicht vorläufig nicht verfolgt, und die Leichen der hingerichteten Deutschen werden — höchst bezeichnend — an die Stadt mit dem Bemerken herausgegeben, „s habe sich um Verstöße gegen die Verkehrsordnung“ gehandelt. Man hat sein Mäthen gefühlt. Man hat Rache gelibt. Aber die Wahrheit darf nicht herauskommen.

Mit Recht und Gerechtigkeit hat das Verfahren der Be-



Behörden nirgends und niemals etwas zu tun. Die bestehenden Strafgesetze gelten für die Franzosen nicht. Im Großen wie im Kleinen wenden sie drei Begriffe an, die sie sich für den Krieg an Rhein und Ruhr zurechtgelegt haben. Diese drei „Rechtsbegriffe“ lauten: Attitude inconvenante, attitude insultante, manifestation hostile (unvorsichtiges Benehmen, beleidigendes Benehmen, feindselige Kundgebung). Beispiele: Die Gattin eines einquartierten französischen Offiziers hat den Hauschlüssel mitzunehmen vergessen und muß beim Klingeln vor der Türe etwas warten. — Gerichtsanzeige gegen den unglücklichen Portier wegen attitude inconvenante. Ober: Jemand ist stark erkältet und räuspert sich im Restaurant in Anwesenheit eines uniformierten Repräsentanten der Großen Nation. — Feststellung der Verlorenen und Bekahren wegen attitude insultante. Und es genügt, auf engem Bürgersteig die Goldborten eines französischen Leutnants gestreift zu haben, um wegen manifestation hostile ins Ritzchen zu kommen. Natürlich regnet es auch Strafen wegen der geringsten Vergehungen gegen die den Publikum meist ganz unbekanntem Verordnungen der Rheinlandkommission, der Generale und einzelnen Bezirksverwaltungen. Das Spitzelgarn, das sich in allen Straßen und Lokalen herumtreibt und meist aus Elsassern und Lothringern zusammensetzt und die deutsche Sprache versteht, sorgt für immer neuen Stoff zu Anklagen. Bergegenwärtigt man sich ferner die eifrige Schnüffelerei der französischen Gendarmen, das herausfordernde und schikanierende Auftreten junger Offiziere sowohl in den Häusern, die mit ihrer Einquartierung beglückt sind, als auch in der Öffentlichkeit, auf der Straße, im Gasthaus, im Kaffeehaus, so wird man es verstehen, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete bei Tag und Nacht mit einem Fuß in den Schlingen französischer Straffustiz steht, ja stündlich von Todesdrohungen umgeben ist. Wäre es da ein Wunder, wenn einmal die Nerven reißen? Die deutschen Behörden, die sich um den Schutz der von den Franzosen und belgischen Höchtern verfolgten Reichsangehörigen nicht mühen, haben einen äußerst schweren Stand. Sie werden von den Franzosen durch die Bank verächtlich, mit dem „Hauptquartier“ in Berlin in Verbindung zu stehen und sich von dort alle Befehle zur Verdunkelung der Toten zu holen. Die deutschen Anwälte, die in den französischen Prozessen als Verteidiger zugelassen werden, kämpfen gegen eine Wand von Bosheit, Hinterlist und Nachsicht. Aber auch sie werden ausharren, bis der Feind niedergegangen und in die Grube gefallen ist, die er uns gegraben hat.

Vermittlung?

Stechbriefe gegen deutsche Minister

Münster, 15. März. Auf dem Bahnhof Hengstey sind die Bilder der deutschen Minister angeschlagen, damit die französischen Bahnwachmannen bei der Paßkontrolle etwa emporsteckende Minister erkennen können.

In Witten a. Ruhr setzten die Franzosen laut Rdn. Sig. eine Belohnung von 250 000 Mark auf jeden Kopf der Schutzpolizei aus. Verschiedentlich wird mitgeteilt, daß französische Spione versuchen, in deutschen Betrieben als Arbeiter eingestellt zu werden. (Spione treiben sich übrigens nicht nur in den besetzten Gebieten herum. Auch Italiener sollen dazu verwendet werden.)

Mord auf Mord

Buer, 15. März. Zwei weitere Mitglieder der Schutzpolizei, Krouse und Moor, sind von Franzosen totgeschlagen worden. Seit Montag sind in Buer nun neun Personen von den Franzosen ermordet worden.

Kassensraub

Düsseldorf, 15. März. Die Franzosen beschlagnahmten die hiesige Regierungskassette mit 800 000 Mark. Als Grund wurde angegeben, daß die über die Stadt Kettwig verhängte Geldbuße nicht bezutreiben gewesen sei.

Köln, 15. März. Die Gattin des ehemaligen englischen Ministerpräsidenten Asquith bereits die neubesetzten Gebiete.

Keine Kohlen mehr

Essen, 15. März. Der Kohlenmangel wird für die Franzosen jetzt erst recht empfindlich werden. Bisher hatten die Franzosen im ganzen besetzten Gebiet durch Flieger feststellen lassen, wo noch Kohlenwagen auf Bahnhöfen oder auf den Feldern ober der Waagen sind nun alle abgeführt, und

es gibt im Ruhrgebiet keine beladenen Wagen mehr. Die deutschen Arbeiter beladen keine Wagen mehr, obgleich die Kohlen auf den Halben sich täglich häufen. Die Franzosen haben keine Arbeitskräfte dazu; die eingeführten Arbeiter kommen gegenüber dem großen Bedarf kaum in Betracht. Die Kohlenfrage ist in einen kritischen Abschnitt eingetreten.

Vermittlungseifer

Berlin, 15. März. Einige englische Blätter glauben zu wissen, daß auf den deutschen Reichsminister ein diplomatischer Druck ausgeübt werden soll, sich einem internationalen Schiedsspruch zu unterwerfen. Aus den Vereinigten Staaten kommt eine Meldung, man wolle in Berlin erfahren, ob die Reichsregierung bereit sei, den amerikanischen Vorschlag einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz zur Entscheidung der Entschädigungsfrage zu unterstützen. Demgegenüber wird in hiesigen maßgebenden Kreisen betont, daß der deutsche Standpunkt sich nicht geändert habe und nicht ändern werde: Solange ein französischer Soldat im Ruhrgebiet und die neu besetzten Reichsteile sich befindet, ist für Deutschland jede Verhandlung mit den Gegnern ausgeschlossen. Diesen Standpunkt wird Reichsminister von Rosenberg am Freitag im Reichstag vertreten.

Brüssel, 15. März. Die halbamtliche „Agence Belge“ erklärt die Nachricht eines Pariser Blatts, der Vatikan habe seine Vermittlung angeboten, für grundlos.

Französische Kriegsgerichtsurteile

Mainz, 15. März. Der badische Regierungsbeamte Rudolf Mayer aus Offenburg wurde vom Kriegsgericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 30 Millionen Geldstrafe, der Regierungsbeamte Walter Müller zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Beide hatten sich geweigert, Bekennnisse der Rheinlandkommission anzuschlagen zu lassen.

Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte den Bürgermeister Holler in Offenburg zu 6 Monaten Gefängnis und 100 000 Mk. Geldstrafe. Gendarmewachmeister Kaiser von Offenburg wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 100 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

15 höhere und mittlere Postbeamte in Mainz, die wegen der Retention des Postdirektors Klingelhöfer das Amt verlassen und Beamte und Arbeiter zum Streik veranlaßt haben, wurden zu Gefängnisstrafen von 7 Monaten bis 1 Jahr mit Geldstrafen von 25 000 bis 100 000 Mark verurteilt. Die Familien sind ausgewiesen.

Vom Kriegsgericht in Aachen wurden drei Zollassistenten zu je 2 Monaten Gefängnis und 400 000 Mark Geldstrafe oder weiteren 30 Tagen Haft verurteilt. Zollsekretär Jussen zu 8 Monaten Gefängnis und 17 1/2 Millionen Mark Geldstrafe (gleich 6 Monate Gefängnis), Zollwachmeister Meister zu 2 Monaten Gefängnis und 200 000 Mark, Oberzollsekretär Landus zu 6 Monaten und 1 Million Mark — wegen Nichtbefolgung französischer Befehle.

Im Bezirk Trier wurden aufs neue 21 Zollbeamte verhaftet.

Düsseldorf, 15. März. In die Abteilung Lokomotivbau der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik drang ein Trupp Franzosen ein und verlangte Material und Arbeiter zur Ausbesserung von Lokomotiven. Beamte und Arbeiter lehnten alles ab; die Arbeiter legten die Arbeit nieder, bis die Franzosen nach einigen Stunden die Fabrik verließen.

Auf den Güterzug Wanne-Bottrop, der auf das Halbsignal des französischen Wachtpostens bei Bottrop nicht sofort halten konnte, eröffneten die Franzosen ein Maschinengewehrfeuer. Der Heizer wurde durch zwei Kugeln schwer verletzt.

Belbert, 15. März. In der Stadt Belbert wurden von französischen Quartiermachern Quartiere für 10—12 000 Mann mit Troß verlangt. Alle Schulen, Säle und Ställe müssen geräumt werden.

Unterdrückung der Wahrheit

Kaiserslautern, 15. März. Die „Freie pfälzische Presse“ und der „Pfälzische Volksbote“ hier, sowie die Birmalener Zeitung sind auf je drei Tage verboten worden, weil sie die Meldung aufgenommen haben, daß die beiden französischen Offiziere in Buer von französischen Alpenjägern erschossen wurden.

Dequies Grabrede

Paris, 15. März. Bei der Beerdigung der beiden getöteten französischen Offiziere in Buer hat General Dequies eine Rede gehalten, in der er sagte, diejenigen, die die Arme der Mörder bewaffnet haben, auch die geistlichen Anstifter, hätten sich sehr geäußert, wenn sie glaubten, eine gute Berechnung zu machen. Derartige Verbrecher würden immer die Strafe finden, die sie verdienen. Die französische Uniform und die französische Fahne müßten respektiert werden. Das könne man ihm glauben; mehr wolle er nicht sagen. Wenn man sich eingebilddet habe, man werde der Furcht zugänglich sein, dann kenne man die Franzosen nicht. Aus dem Blut der gefallenen Kameraden ziehe man den noch verstärkten Entschluß, die Aufgabe im Ruhrgebiet, die man übernommen habe, bis zum guten Ende durchzuführen. Diese beiden Toten zeigten klar und deutlich, daß die Weidwede Frankreichs im Ruhrgebiet ertötet werden werden. Die Franzosen müßten kämpfen, damit das letzte Wort nicht die Lüge, der Verrat, der Mord, sondern die Wahrheit die Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verträgen sei die im Frieden auf ihr Recht aufgebaut worden seien.

Der neue Entschädigungsplan

Paris, 15. März. Nach dem „Petit Journal“ soll in Brüssel vereinbart worden sein, daß Deutschland in den nächsten fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark, je hälftig in Sachlieferungen und in bar (in Form von achtprozentigen Anleihen) zu zahlen habe. Die Anleihen sollen in Beträgen von 122, 245, 367, 490 und 613 Millionen Goldmark im Jahr abgetragen werden. Dann solle die Leistungsfähigkeit Deutschlands neu geprüft werden; es hätte dann noch 35 Milliarden zu zahlen. Als Sicherheiten würden gefordert werden die Auslieferung von 30 Prozent aller mobilen deutschen Werte, insbesondere die an den deutschen Börsen notierten Wertpapiere, nötigenfalls auch der Hypothekenscheine. Die Pariser Entschädigungskommission würde eine Art Oberster Gerichtshof werden, die Überwachung würde dem Völkerbund (und der Garantiekommission) zufallen.

Holländische Vorkehrungsmaßnahmen

Haag, 15. März. In der Erklärung der Regierung zu dem Bedarf des Kriegsministeriums heißt es: Die Ereignisse im Ruhrgebiet haben die Regierung veranlaßt, besondere Maßnahmen vorzubereiten, die in Kraft treten sollen für den Fall, daß es zu einer Ueberschreitung der holländischen Grenze in großem Maßstab kommt. Abgesehen davon wurde auf Erlauchen des Justizministers die Grenzüberwachung dahin verstärkt, daß ein Teil der Polizeitruppen aus dem Bundessternern an die Grenze verlegt wird. Für die Kosten der Grenzüberwachung wird eine Erhöhung der Forderungen um 600 000 Gulden beantragt.

Neue Nachrichten

Die Erhöhung der Umsatzsteuer

Berlin, 15. März. Da der Steuerauschuß des Reichstags sich über das Landessteuergesetz nicht einigen konnte, hat Preußen die Frage vor den Reichsrat gebracht. Die Ausschüsse des Reichsrats haben in einer Entschlieung ausgesprochen, daß die einzige Möglichkeit, den Gemeinden Mehreinnahmen zuzuführen, in einer Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent bestehe. Neuestensfalls würde die Erhöhung auf den 1. Juli hinausgeschoben werden können.

Landesverrat

München, 15. März. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Augsburg wurde der kommunistische Münchner Stadtrat Weigl wegen Landesverrats, begangen in einem Zeitungsartikel, verhaftet.

Württemberg

Stuttgart, 15. März. Der Kirchenausschuß des Landtags beendete seine Beratungen über die Kapitel 7—9 des Kirchengesetzes (kirchliche Stiftungen und Anstalten). Sodann wurde die Erörterung über die Begrenzung der Zwecke fortgesetzt, für die die staatliche Genehmigung zur

Gerechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

35. (Nachdruck verboten.)

Er fuhr ihr mit der Hand lieblos über den Kopf und die Wangen. „Sei stark, sei mutig mein Märchen. Es trifft uns hart und unverdient, aber wir können es nicht ändern. Denke mein nur immer in Liebe, so wie ich es auch werde. Das dürfen wir ja.“

„Nun muß ich gehen,“ sagte Klara, sich lösend. „Lebe wohl!“

„Lebe wohl, Klara!“

Sie drückte ihm noch die Hand, dann ging sie. Als sie nach Hause kam, fand sie Veier in großer Aufregung das Zimmer durchmessend, in ihrer Wohnung. Er streckte ihr schon von weitem die Hände entgegen und begrüßte sie mit freudestrahlendem Gesicht.

„Endlich! endlich!“ rief er — „ich stehe schon wie auf Nadeln. Sie haben meine Geduld auf eine sehr harte Probe gestellt.“

„Was haben Sie denn?“

„O! eine Menge habe ich. Freude, Schmerz, Glück, Pech und noch vieles andere.“

„Ich begreife nicht —“

„Sehen Sie sich nur einmal nieder. Das können Sie unmöglich stehend anhören. Sehen Sie sich.“

Er nötigte Sie auf einen Sessel nieder, dann rief er voll Jubel:

„Ihn habe ich, den Mörder.“

Klara war bei seiner Eröffnung aufgesprungen, doch Veier nötigte Sie wieder auf ihren Sitz zurück.

„Bleiben Sie bitte.“

„Den — Mör — der!“ hauchte sie.

„Ja,“ sagte Veier — „es gibt wirklich einen Mörder. Hören Sie nur.“ Und nun zog er einen Sessel heran

und setzte sich Klara gegenüber. „Jetzt ist alles haarklein erwiesen. Ihr Vater ist unschuldig und Vorr ist unschuldig.“

„Ach!“ seufzte Klara befreit auf.

„Ja, sie sind so unschuldig wie wir beide. Mir — Sie wissen, war Olbrich Junggeselle und lebte in seinem Hause ganz allein mit einem Diener und einer Wirtschaftlerin. Als Ihr Vater ihn verlassen hatte, blieb er bei seinen Büchern sitzen und ordnete seine Kassa, die offen stand. Gleich nach Ihrem Vater kam Vorr und versetzte Olbrich nach einem heftigen Wortwechsel den verhängnisvollen Sabelstich, auf welchen dieser bewußtlos liegen blieb.“

„Aber wie sind Sie jetzt auf einen Mörder gekommen?“ fragte Klara voll Ungeduld.

„Durch einen merkwürdigen Zufall; wie gewöhnlich,“ erwiderte Veier. „Mein Agent ist ein großer Sparmeister und hat einiges Geld zurückgelegt, mit dem er hier und da kleine Geschäftchen macht. Da kommt nun eines Tages ein Bekannter zu ihm und fragt ihn, ob er ihm nicht einen Wechsel belehnen möchte, da er augenblicklich Geld benötige. Donner läßt sich das Papier zeigen, betrachtet es verwundert und läßt es nicht mehr aus der Hand. Er bedeutet dem Bekannten, daß das Papier eigentlich keinen Heller wert, für ihn aber von Bedeutung sei und fordert jenen auf zu erklären, woher er den Wechsel habe, da er ihn sonst verhaften möchte. Soll Bestätigung gibt der Andere die nötige Erklärung. Nun hatten wir eine Spur und verfolgten sie.“

„Was war denn das für ein Papier?“

„Es war der Wechsel Ihres Vaters, den er ausgestellt zu haben behauptete.“

Klara brach in schmerzliches Weinen aus.

„Großer Gott! Und sie glaubten es ihm nicht.“

„Weil sie ihn damals nirgends fanden. Also hören Sie nur. In Ungarn entdeckten wir einen Rentier,

von dem der Wechsel stammte, und der sich als der richtige Mörder entpuppte.“

„Gott! o Gott!“

„Er leugnete zwar anfangs, wie alle, aber seitdem hat er ein vollkommenes Geständnis abgelegt.“

Der Rentier ist niemand anders als der ehemalige Diener Olbrich.“

„Ach!“ rief Klara erstaunt.

„Ja. Er hatte Olbrich etwas zu fragen und trat, während dieser bewußtlos auf dem Boden lag, ins Zimmer. Als er die Lage über sah, packte ihn der Versucher und sofort entstand ein teuflischer Plan in ihm. Er wußte, der Verdacht müsse sicher auf Ihren Vater fallen.“

Gerade als er noch seine verbrecherische Absicht erwog, kehrte bei Olbrich das Bewußtsein wieder. Nun überlegte er nicht mehr lange, die offene Kassa hatte ihm die Befinnung geraubt, er stürzte sich auf Olbrich setzte ihm den neben ihm liegenden Revolver fest auf die Brust und erschoss ihn. Dann raubte er die Kassa aus, nahm auch den Wechsel Ihres Vaters an sich, brachte seinen Raub in Sicherheit und überließ die Entdeckung der Tat der Wirtschaftlerin.“

„Gräßlich! fürchterlich! Und — Sie haben ihn wirklich?“

„Er sitzt fest im Gefängnis in Budapest.“

„Gottseidank!“

„Und — mein Lohn?“ fragte Veier voll Schelmerei.

Da fiel im Klara um den Hals und gab ihm einen herzhaften Kuß.

Er stand auf und sagte bitter: „O weh! Mühten Sie mir auch das noch antun, um mir zu zeigen wie süß die verbotene Frucht schmeckt?“



Aufhebung oder Umwandlung einer kirchlichen STIFTUNG maßgebend sein soll. Die Anträge des Berichterstatters Abg. Blume wurden einstimmig angenommen, wonach § 8, 2 lautet: Soweit eine kirchliche Stiftung für gottesdienstliche oder ihnen gleichgestellte Zwecke bestimmt ist, sind für die Zulässigkeit der Umwandlung die Aufhebungsgründe des kirchlichen Rechts maßgebend. § 8, 5 enthält folgende Fassung: den gottesdienstlichen Zwecken gleich die Ausgaben für die Kirchenverwaltung, für Geistliche oder deren Hinterbliebene und sonstige Ausgaben für die religiöse Unterweisung. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Dr. Bauer (Str.) betr. Übergangsbestimmungen, daß bis zur landesgesetzlichen Abhebung der Staatsleistungen nach § 138 der Reichsverfassung kirchliche Stiftungen, die zum Unterhalt der Geistlichen bestimmt sind, diesem Zwecke ohne staatliche Genehmigung nicht entfremdet werden dürfen. Artikel 9 und 10 wurden ohne Widerspruch angenommen.

Stuttgart, 15. März. Rückgang der Pferderäude. Nachdem die Pferderäude in Württemberg soweit niedergelassen ist, daß sie nur noch ganz vereinzelt in die Erscheinung tritt, werden bis auf weiteres Beiträge zu den aus Anlaß der Behandlung räudetranker Pferde entstehenden Kosten aus der Staatskasse nicht mehr gewährt.

Stuttgart, 15. März. Wie die Städte „abbauen“. Die Stadtverwaltung teilt mit, daß sie mit der Anfang März beschlossenen Erhöhung der Gas- und Strompreise schon nicht mehr auskomme. Der Gaspreis z. B. der jetzt 450 Mark für des Kubikmeter beträgt, soll weiter um ein beträchtliches erhöht werden. Selbstverständlich kann die Straßbahn nicht zurückbleiben, denn der tägliche Verkehr ist nach der behördlichen Mitteilung infolge der ununterbrochenen Fahrpreiserhöhung von über 100 000 auf 38 000 Personen, also auf ungefähr ein Drittel innerhalb eines halben Jahres gesunken, wogegen der Fehlbetrag im Februar sich um 18 Millionen Mark erhöht hat und im März um weitere 25 Millionen wachsen wird. Das Heilmittel wird trotz aller schlimmen Erfahrungen wieder in einer kräftigen Fahrpreiserhöhung erblickt, und zwar sollen für Monatskarten von zwei Teilstrecken an 2000 Mark, für Vieharten 2500 Mark für den Monat März nachbezahlt werden — und da werden die Geschäftsleute als Buchhalter versch. en, wenn sie ihre Preise nicht herabsetzen!

50 Ruhmkinder aus Oberhausen kamen gestern auf der Durchreise nach dem Allgäu, wo sie längeren Aufenthalt finden werden, an dem Stuttgarter Hauptbahnhof an. Die Kinder sahen fast alle unterernährt aus. Unter den Reisenden am Bahnhof wurde rasch eine Sammlung für die Kinder veranstaltet, die den Betrag von 55 000 Mark ergab. Das Geld wurde den Eltern der Kinder übergeben.

Heilbronn, 14. März. Bestrafte Bucherer. Das Buchergericht verurteilte den Viehhändler Guitao Herbst von Haberfeld wegen Schleichhandels mit Vieh zu 1 Monat Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. Viehhändler Maler aus Kirchbach erhielt, da er rückfällig ist, 6 Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. Hat Manasse von Talheim, der wegen unerlaubtem Handel vor dem Buchergericht stand, erhielt eine Geldstrafe von 30 000 Mark und Freigang der Kosten.

Freudenstadt, 14. März. Vom Rathaus. Da die evang. Kirchengemeinde in eine sehr bedrängte Lage gekommen ist, bewilligte ihr der Gemeinderat einen einmaligen Beitrag von 500 000 Mark. Auch die kath. Gemeinde wird einen Beitrag erhalten. Dem Schneeschuhverein wurde ein mit 6 Prozent verzinsliches Darlehen von 500 000 Mark zur Deckung der Baukosten für die Sprungschanze bewilligt.

Schwenningen, 14. März. Fachschule. An der hiesigen Fachschule beginnen im Fall genügender Beteiligung am 2. Mai wieder neue Unterrichtskurse in Feinmechanik, Elektromechanik und Uhrmacherei.

Stuttgart, 15. März. Verpflegungsgelder der Staatsirrenanstalten. Vom 15. März ab treten in den geltenden Verpflegungssätzen der Staatsirrenanstalten folgende Änderungen ein: Es ist zu sehen: in I Abt. 1 statt 850—1700 Mark; 1050—1700 Mark, in II statt 800 Mark; 1000 Mark.

Stuttgart, 15. März. Fleischpreisabschlag. Die Stuttgarter Metzgerinnung hat die Fleischpreise wie folgt herabgesetzt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Sorte von 3700 auf 3500 Mark, 2. Sorte von 30—3100 auf 29—3000 Mark, Kuhfleisch 1. Sorte von 26—2700 auf 25—2600 Mark, 2. Sorte von 1900 bis 2100 auf 17—1900 Mark, Kalbfleisch von 33—3400 auf 3100 bis 3200 Mark, Schweinefleisch von 34—3500 auf 3500 Mark, Hammelfleisch von 34—3500 auf 3300 Mark und Schaffleisch von 27—2900 auf 25—2700 Mark für das Pfund.

Preisabschlag. Vom Montag, 19. ds., ab kostet das Kloakenweißbrot und markenfrees Schwarzbrot je 10 Mark weniger als bisher. Weizen und Bregeln je 5 Mark weniger.

Vom Oberland, 15. März. Wildfallen. Es muß als großer und grober Unfug bezeichnet werden, wenn allorts in Gärten und um Behausungen Wildfallen gestellt werden, weniger des Wilds als vielmehr der Rahenteile wegen. Die schönsten Tiere sollen diesem Treiben zum Opfer.

Der Schulbeginn. Das neue Schuljahr beginnt dieses Jahr nicht wie sonst am 1. Mai, sondern schon am Donnerstag, den 19. April. Schulpflichtig werden alle Kinder, deren Geburt in die Zeit vom 1. Mai 1916 bis 30. April 1917 fällt. Kinder, die zwischen 1. Mai 1917 und 30. Sept. 1917 geboren sind, können zur Schule gebracht werden, müssen dann aber ein Jahr länger zur Schule gehen.

Aufgehobene Postenbr. Die Postensur über Briefe von der Schweiz nach Deutschland, besonders über Einschreibbriefe, ist seit einigen Tagen aufgehoben. Die Postüberwachungsstelle Friedrichshafen bleibt trotzdem bestehen und kontrolliert alle Briefe, die von Deutschland nach der Schweiz gehen, um die Kapitalflucht zu verhindern.

Hohe Grundstückspreise. Bei der Versteigerung eines in der Nähe der früheren Artilleriekaserne in Freiburg i. B. gelegenen Grundstücks blieb höchstbietender ein Fuhrhalter mit 3 100 000 Mark. Das Grundstück deckt mit 34 Ar nicht ganz einen halben Morgen.

Schlaglohn für Oelfrüchte. Der Verband Württ. Oelmüller hat in seiner letzten Vollversammlung in Stuttgart beschlossen, den Schlaglohn für 1 Pfund Oelfrücht auf 150 Mark ab 15. März zu erhöhen. Ein Antrag, anstatt Barleistung Mitter einzuführen, wurde abgelehnt.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 15. März. In der heutigen Sitzung fand der Vertrag des badischen Staats mit der Stadt Baden-Baden, wonach verschiedene Straßen und Häuser in diesem Kurort gegen Entgelt an die Stadt Baden-Baden verkauft werden sollen, einstimmige Annahme. Für Erwerbslosenfürsorge wurden 300 Millionen Mark bewilligt.

Eine ausgiebige Aussprache knüpfte sich an einen Jentrumsantrag bei dem Verbot des Rauchens für Schüler vor dem vollendeten 17. Lebensjahr. Ein Antrag des Unterrichtsausschusses hatte die Altersgrenze auf 16 Jahre festgesetzt. Schließlich wurde ein Antrag, der den Schülern ohne Ausnahme das Rauchen überhaupt verbietet, mit einem Besatz des Abg. Richter (Deutschnat.) angenommen, daß auch den Schülerinnen das Rauchen verboten wird. Der Unterrichtsminister beklagte, daß sich das Zigarettenrauchen auch auf dem Lande ausbreite, und daß man am Sonntag Pauerntädchen mit einem Sargnagel im Mund vor den Türen stehen sehen könne. Der Minister berichtete noch, von einer Zunahme der Geschlechtskrankheiten bei Schülern, auch schon in den mittleren Klassen. Der Landtag lehnte dann noch die Tagesgelder der Abgeordneten von 24 000 auf 18 000 Mark monatlich herab, wozu allerdings noch über 900 Prozent Teuerungszulagen kommen.

Todtnau, 15. März. Hier beschäftigt man sich wieder einmal mit dem Wasser-Kraftwerk-Projekt. Nach den Mitteilungen des Sachverständigen, Professor Eisenlohr aus Karlsruhe, würden die Baukosten den Wert von 4000 Festmeter Holz betragen. Die Kilowattstunde könnte man um 30 Mark erzeugen, jetzt kostet sie 250 Mark. 1000 Pferdekraft könnten gewonnen werden. Leider konnten sich die in Betracht kommenden Gemeinden immer noch nicht endgültig entschließen.

Lörrach, 15. März. Die Polizei hat einen Schreiner aus Anielingen verhaftet, der aus Eisenbahnwagen erster Klasse eine Anzahl Kristallspiegel gestohlen und mit Hilfe eines Zweiten nach der Schweiz beschafft hat. Auch dürften die beiden verschiedene Diebstähle an Kospolstern ausgeführt haben.

Vom badischen Schwarzwald, 15. März. Eisenbahnunfall. Auf der Schwarzwaldbahn unterhalb Triberg, am zweiten Tunnel nach der Station Niederwasser wurden der verh. 38 Jahre alte Oberbahnwärter Heinzmann und der 56 Jahre alte Kottensführer Wernet, die auf der Strecke mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt waren, von einer Lokomotive erfaßt und über die Böschung hinabgeworfen. Wernet war sofort tot, Heinzmann wurde mit schweren Verletzungen ins Bezirkskrankenhaus Triberg verbracht.

Heimstättenentagung

Stuttgart, 14. März. Es wird uns geschrieben: Im Siegle-Haus fand hier dieser Tage die vom württ. Landesverband für Volksheimstätten und Bodenreform veranstaltete 7. Heimstättenentagung statt, die von nah und fern sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte, namentlich auch aus Gewerkschafts- und den Kreisen der Arbeitnehmer überhaupt. Es ist ja nunmehr erkannt, wie eng soziale Frage und Bodenreform zusammenhängen, was auch in Artikel 155 der neuen Reichsverfassung zum Ausdruck kommt, der jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte verheißt. Unter den verschiedenen Vorträgen der Tagung fand, wie immer, derjenige des Führers der Bewegung, Adolf Damaskle, besonderes Interesse. Damaskle wies u. a. darauf hin, wie weit wir von diesem Ideal noch entfernt sind, wie namentlich der Ausverkauf dem deutschen Grund und Boden an Ausländer, von dessen Ausmaß nur wenige Kenntnis haben, eine schwere Gefahr bildet. Wenn nicht bald ein Bodenreformgesetz komme, könnten Verhältnisse eintreten wie in Irland, wo fast der ganze Boden Engländern gehöre. Nach diesem Gesetz sollen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet sein, Bodenwirtschaft zu treiben, zu welchem Zweck ihnen ein Ankaufs- und Enteignungsrecht zu dem Preis verliehen werden, den der jeweilige Besitzer selbst in seiner Steuereinschätzung angegeben hat. (Daß dabei besondere Vorrichtungsmaßregeln gegen politischen Mißbrauch des Ankaufs- und Enteignungsrechts getroffen werden müßten, soll nicht unerwähnt bleiben.) D. Schr. Geheimrat Dr. Schramm, der frühere Zivilgouverneur in Kiautschau, teilte mit, daß in China schon seit 1000 Jahren eine Art Bodenreform bestche. — Zum Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Vertreter der Gewerkschaften erklären, die Gewerkschaften aller Richtungen seien bereit, Aufbauarbeit zu leisten, sie seien aber überzeugt, daß ein Erfolg nur bei einer gerechten Bodengesetzgebung gewährleistet sei. Daher werde verlangt, daß die Regierung dem Reichstag ein Gesetz nach dem Entwurf des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium vorlege. Sämtliche Gewerkschaften verpflichten sich, nicht eher zu ruhen, als dieser Forderung entsprochen sei.

Votales.

Wildbad, 16. März 1923
Kriegerdenkmal. Die Entwürfe zum Kriegerdenkmal können am kommenden Sonntag vormittag nach dem Gottesdienst und nachmittags ab 2 Uhr im Rathaus a I angesehen werden.

Forstpreis für Waldstreu. Die württ. Staatsforstverwaltung berechnet neuerdings den Preis für Laub- und Moosstreu nach dem Verhältnis zum jeweiligen Weizenpreis und hat mit Wirkung vom Februar ab den Forstpreis für 1 Km. Streu auf 10 Prozent des Werts von 1 Ztr. württ. Weizens der niedersten Notierung an der Stuttgarter Börse zur Zeit der Abgabe der Streu festgesetzt.

Der Eierpreis ist, wie die württ. Landespreiskstelle schreibt, in den letzten Wochen zu einer Zeit, wo die Eier sonst billiger wurden, auf mehr als das Doppelte gestiegen. Diese Bewegung sei durchaus ungerechtfertigt, wie denn auch die Getreidepreise nach der Marktöffnung wieder eine rückläufige Bewegung angenommen haben. In Bayern sei die Eierpreise erheblich unter dem Preisstand in Württemberg. Ein Erzeugerpreis von 150 bis 170 Mark sei als durchaus angemessen zu betrachten, dem ein Einzelverkaufspreis von etwa 220 bis 250 Mark entsprechen würde. Preise, die über diese Grenzen hinausgehen, erregen den Verdacht des Wuchers.

Der Garten im März

Das trostlose Wetter der letzten Wochen hat bis jetzt jede Erdbarbeit und Ausaat im Gemüsegarten unmöglich gemacht. Nach der Wettervorhersage soll die seichte und kalte Witterung noch lange andauern und weitere Kälteeinbrüche bringen. Der Gärtner muß seine Arbeiten darauf einrichten. Mitte des Monats müssen wir aber an die Ausaat denken, sobald der Boden etwas abgetrocknet ist. Wir läßt uns freie

Land alle Wurzelgemüse, Petersilie, Pastinake, Karotten, Möhren, Schwarzwurzeln, Zichorie, ferner die gebüschlichen Küchenkräuter, Kimmel, Fenchel, Dill, Kerbel, Lavendel, auch Spinat, Feldsalz, Mangold, Zwiebel, Lauch, Bissbohnen und Erbsen. Von diesen werden keine Auszäunungen wiederholt, damit die Ernte sich verlängert. In offener Stelle ins freie Land oder in einen kalten Mistbeetkasten läßt man die zur Anzucht der nötigen Setzlingen erforderlichen Gemüsesorten, z. B. verschiedene Kohlsorten, Weißkraut, Blumenkohl, Rosenkohl, Kohlrabi, Kopfsalat, frühere Auszäunungen davon müssen verjagt werden, um kräftige Pflanzen zu erhalten. Ausdauernde Gemüsesorten und Gewürzkräuter werden geteilt und wieder gepflanzt, wenn es nicht bereits im Herbst geschah. Frühkartoffeln sind zum Anpflanzen in einem frostfreien Raum aufzustellen. Die Spargelanlagen werden gedünnt, gepflanzt und gehäufelt.

Im Obstgarten sind Weinstöcke, Aprikosen- und Mirsichpoller von den Winterschuppen befreit. Das Umpflanzen alter Bäume, die durch Krankheiten oder Unfruchtbarkeit sich kennzeichnen, wird jetzt ausgeführt. Wer die Obstbäume nicht bereits im Herbst abgetragt und mit Baumtarbolineumlösung besprüht hat, muß sobald als möglich daran gehen. Auf die Bluskolonien ist dabei besonders zu achten; man überpinselt sie mit 20prozentiger Lösung. Wo Raupennester von Geipfinsmotten, vom Ringel- und Schwammipinner sich zeigen, ist das Abschneiden oder das Verbrennen mit der Raupensichel sofort auszuführen. Neupflanzungen von Bäumen und Sträuchern müssen bedeckt werden, um die Bodenfeuchtigkeit auszunutzen. Die Düngung der Obstbäume kann noch geschehen.

Im Tiergarten werden die Schutzdecken von den Blumenzwiebeln, Rosen, frostempfindlichen Blütensträuchern und Stauden entfernt. Das Bedecken der Rosen und Schlingsträucher ist auszuführen. Wer im Herbst verbannt hat, die Sträuchergruppen zu graben, muß die Arbeit jetzt vor dem Ergrünen beenden. Die Blumenbeete und Rosenpflanze sind zu säubern, Feststellen auszubessern und neu anzulegen, die Wege frisch zu betreten und Neupflanzungen von Ziergehölzen und Rosen vorzunehmen. Alte Stauden können nach geteilt werden. Wenn die Blumenbeete nicht bereits im Herbst besetzt wurden, werden sie mit Stiefmütterchen, Bergfameinicht, Silenen, Auriten, Primeln, Tausendfüßler als Frühjahrsblüher besetzt. Ins freie Land sind die harten Zwiebeln und Knollen, z. B. Lilien, Gladiolen, Montbretien, Anemonen, Ranunkeln, Sommer-Niesenzhyazinthen auf ihren Sommerstandort zu bringen.

Die Zimmerpflanzen sind wieder reichlich zu begießen, zu besprühen und wenn möglich in frische Erde umzusetzen. Cyclamen, Hyazinthen, Tulpen und Crocus läßt man nach der Blüte einziehen und begießt sie deshalb weniger. Die überwinterten Fuchsien, Geranien, Chrysanthen usw. sind zurückzuschneiden und umzusetzen. Man stellt sie zum Antreiben dann wärmer.

Allerlei

Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig, die Tochter des Kaisers, ist in Gmunden von einem Söhnchen entbunden worden.

Ein guter Miß wurde in diesen Tagen vor einem Senat des Landgerichts Salzburg geprägt: Der Vorsitzende nahm einem Angeklagten die Personalien ab. Als die Frau nach dem Beruf gestellt ward, antwortete der Mann: Ich ohne Selbstbewußtsein: „Bundesangehänger“. Der Vorsitzende gab sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden und verlangte nähere Aufschlüsse über die Art der Verwendung des Angeklagten im Bundesdienste. Ein kurzes Hören und „na die klassische Antwort: „Ich beziehe die Arbeitslosenunterstützung.“

Keine Bierpreiserhöhung in Bayern. Nachdem der Bayerische Brauerbund den Schiedspruch auf neue Lohnzuschläge abgelehnt hat, hat er mit dem Gastwirteverband die Vereinbarung getroffen, daß der Bierpreis nicht erhöht wird.

Wo die Schweine hinkommen. Die Strafkammer in Trier verurteilte den Viehhändler Meyer aus Hochwald wegen fortgesetzten Viehklammuggels zu 1 Jahr Gefängnis und 45 000 Mark Geldstrafe, einen Rutebrecher namens Schmitt zu 11 Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe. Meyer hatte in den letzten Jahren unter Beihilfe des Schmitt hunderte Eisenbahnwagen Schweine nach dem Saargebiet geschmuggelt.

Der Hundejagd wird nach Berliner Blättern in der Spreewaldstadt in großem Umfang betrieben. Selbst in dem Tierhort des Tierchutzvereins wird auf Hunde Jagd gemacht, indem auf alle Weise versucht wird, den Einbringern von Hunden diese abzulocken. Diese Tiere werden natürlich sobald geschlachtet. Die Polizei hat auf die Hundejäger nun ein scharfes Auge.

Vergiftung durch Kohlen gas. In Cassel wurden Sonntag früh die drei Söhne eines verstorbenen Arztes im Alter von 7, 11 und 15 Jahren infolge Vergiftung durch Kohlen gas im gemeinsamen Schlafszimmer tot aufgefunden. Die Gase waren einem Koksosen entströmt, der sich in einem unter dem Schlafszimmer gelegenen neu umgestellten Geschäftszimmer befand.

Diebstähle. Bei der Firma S. Kalischer in Berlin wurden Kleiderstoffe im Wert von 25 Millionen Mark gestohlen. Berliner Einbrecher erbeuteten auf zwei Rittergütern bei Jätschow und bei Ludenwalde Silberzeug und Schmuckstücke im Wert von 150 und 30 Millionen Mark. — Im Warenhaus Karstadt in Greifswald stahlen mehrere Verkäuferinnen seit längerer Zeit Waren. In der Wohnung einer der Angestellten fand man für 11 Millionen Mark Waren.

Drei Einbrecher versuchten in der Nacht zum Dienstag in die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin einzudringen. Sie hatten bereits einige Fenster eingedrückt, als Polizei erschien. Den Verbrechern gelang es, zu entkommen.

Wirbelschmerz. Ein Teil der Vereinigten Staaten wurde von einem furchtbaren, aus Südwesten kommenden Wirbelschmerz heimgesucht. In vielen Städten wurde schwerer Schaden angerichtet. In Vinson (Tennessee) sind 20 Personen getötet, 75 verwundet worden, 150 Häuser sind eingestürzt. In Portsmouth (Ohio) wurde das Schulhaus abgedeckt, wobei mehrere Kinder getötet und verwundet wurden.

Raub deutscher Kunstwerke. In Lyon wurde im Jahr 1914 eine Kunstausstellung veranstaltet, zu der auch von Deutschland wertvolle Gegenstände geliefert wurden. Besonders unvorsichtig war die Stadt Frankfurt a. M., die u. a. kostbare Goethe-Erinnerungen beisteuerte. Aber auch andere Städte und Private in Deutschland beteiligten sich. Inzwischen brach der Krieg aus; die Ausstellung wurde eingepackt und blieb, soweit deutsche und österreichische Kunstschätze

in Frage kam, in Lyon „verwahrt“. Nach dem Krieg verweigerten die Lyoner die Herausgabe der Schätze und ein französisches Gericht bestätigte dies insofern, als den Besitzern, wenn sie ihr Eigentum wieder haben wollten, unerhöhte „Verwaltungskosten“ in Goldfranken zu zahlen hätten. Dazu ist wohl keiner der unglücklichen Besitzer in der Lage und so geht die Stadt Lyon daran, das „feindliche Eigentum“ öffentlich zu versteigern. Am 12. März wurde damit begonnen und wie das zum Teil unerfahrene deutsche Gut abstrahlend veräußert wird, erhebt man daraus, daß die von der Stadt Nürnberg zur Verfügung gestellten kostbaren Silberarbeiten alter Zeit an Händler und Pariser Sammler zum Metallwert von 25 000 Franken abgegeben wurden, während der Kunstwert mehr als das Hundertfache beträgt. — Der vertrauensduelige Deutsche wird doch niemals klug!

Die öffentliche Unsicherheit. Der dänische Schriftsteller Sven Lange erzählt in dem Kopenhagener Blatt „Politiken“, er sei jüngst nach Berlin gekommen und habe am Zeitlinger Bahnhof eine Arztdiagnose gemietet, um nach einem bestimmten Gasthof zu fahren. Raum habe er den Wagen bestiegen, als ein anderer Mann, offenbar im Einverständnis mit dem Wagenlenker, aufstieg. Man habe ihn dann nicht nach dem Gasthof, sondern in eine zweifelhafte Pension gebracht, wo ihm für die Wagenfahrt von kaum 5 Minuten zunächst 80 000 Mark abverlangt worden seien. Offenbar war dies eine der Verbrecherhöhlen, wo Ortsfremde, besonders Ausländer, bei denen fremdes Geld und Wertgegenstände, ausgespäht und durch Gift erbeutet werden. Diese Höhlen werden übrigens fast ausnahmslos durch Ausländer betrieben.

Drei Giftmischerinnen stehen gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Berlin, zwei Frauen, die sich ihrer Männer durch Gift entledigt haben, und die Mutter einer der Frauen, die bei der Ermordung ihres Schwiegersohnes mitgeholfen hat. Das Gift scheint wieder Mode werden zu sollen wie in der Renaissancezeit.

Für 100 Millionen Getreide verbrannt. Durch Brandstiftung entstand auf dem Rittergut Gloschwig bei Herzberg (Prov. Sachsen) ein Großfeuer, das Getreidevorräte und Futtermittel im Wert von über 100 Millionen Mark einäscherte.

Falsche 1000-Vire-Noten. Am 5. und 6. d. wurden bei mehreren Bankgeschäften in Stuttgart von einem angeblichen Walter Heiman aus Hamburg mehrere braunrote 1000-Vire-Noten gegen deutsches Geld umgewechselt. Wie erst einige Tage später festzustellen war, handelte es sich bei den Noten um Falschstücke, so daß die Bankinhaber um sehr hohe Beiträge geschädigt sind.

Spargelder werden im Consum-Verein mit 6 % verzinst!

Durch den Winter veranlaßt, werden unsere Obstbäume in diesem Jahre viel zeitiger austreiben, als in anderen Jahren. Bäume und Büsche haben reichlich Blütenknospen angelegt. Nun gilt es für den Obstgärtner, diese Blüten zur Entfaltung zu bringen. Abgesehen von der Witterung, die wir ja nicht beeinflussen können, liegt die Hauptvorbedingung für eine gute Ernte in der rechten Düngung. Durch die reiche vorjährige Ernte hat der Baum viel Nährstoffe verbraucht, die nun notwendig ersetzt werden müssen, oder richtiger, schon ersetzt sein sollten. Die rechte Düngungszeit ist der Spätherbst bzw. Winter. Wo solches aber versäumt worden ist, muß man es ungefümt nachholen. Vor allem dienen Kalk, Kali und Phosphor dazu, einen Baum ertragreich zu machen.

Die Frühjahrsdüngung der Winterung. Im Frühjahr, sobald offene Witterung eintritt, ist es notwendig, die geschwächten Saaten durch eine entsprechende Kopfdüngung zu kräftigen. Aber auch dann, wenn durch Schnee usw. Schädigungen nicht eingetreten, läßt man sich durch eine etwaige äßpige Herbstentwässerung nicht täuschen und hole, falls man im Herbst nicht kräftig gedüngt hat, das Versäumte unbedingt im Frühjahr nach. Durch die starke Entwässerung der Winterung vor Winter ist der Nährstoffvorrat des Acker zum Teil aufgebraucht; auch hat die letzte Ernte den Nährstoffvorrat des Bodens ebenfalls sehr stark in Anspruch genommen. Jede einseitige Düngung zu vermeiden, da nur eine Volldüngung die höchsten Erträge bringt. Als Kopfdüngung eignet sich das 40prozentige Kalisalz besser wie Kainit; daneben gebe man noch Superphosphat (oder Thomasmehl) und schwefelures Ammoniak (Chilifaltpeter). Ammoniak und Thomasmehl dürfen nicht miteinander gemischt oder gleichzeitig ausgestreut werden. Ammoniak gebe man so früh wie möglich (Februar-März) in einer Gabe. Chilifaltpeter kann man etwas später geben; am besten teilt man die Gaben.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 15. März: 20 927.10 (20 902.10). Im bayerischen Nahverkehr nach Oesterreich werden ermäßigte Gebührensätze in Anrechnung gebracht. Alle kleinlichen Bean-

standungen sollen nach einer Ministerialverfügung vermieden werden.

Milliardenkrach. Infolge verfehlter Getreidespekulationen ist die Firma W. A. Richter in Sorau (Mark Brandenburg) zusammengebrochen. Verschiedene Berliner Getreidefirmen sind stark beteiligt. Die Überschuldung soll 5 bis 8 Milliarden Mark betragen.

Preiserhöhung für Branntwein. Die angekündigte Herabsetzung des Preiszuschlags bei Branntwein wird jetzt vorgenommen. Für die zweite Hälfte Februar beträgt er 341 400 M je Hektoliter gegen 425 400 M für die erste Hälfte des Februar.

Vom süddeutschen Holzmarkt. Um die Jahreswende herrschte auf dem Holzmarkt die gewöhnliche Geschäftslage. Im Januar belebte sich das Geschäft und die Preise, besonders beim Nadelholz, gingen in die Höhe, bewährten aber eine Grenze von etwa 500 Prozent der Landesgrundpreise. Mit dem sinnlosen Markturn von Mitte Januar stiegen die Holzpreise rasch. Vom 5. Februar wurden aus Baden 1500 Prozent gemeldet. Der Marktführung der Reichsregierung ist es zu danken, daß einem weiteren Ansteigen Einhalt geboten wurde, und die Preise für Nadelstammholz sich heute zwischen 950 und 1050 Prozent, für Nadelholzstangen und Papierholz zwischen 750 und 1000 Prozent, für Laubstammholz zwischen 800 und 1300 Prozent der Landesgrundpreise bewegen. Neuerdings macht sich auf dem Markt eine sture Nachfrage bei vorrätigen Angeboten bemerkbar.

Berliner Fettmarkt vom 14. März. Butter: Großprelle 1. Sorte 5500 M, 2. Sorte 4000—5100 M. — Margarine: Die Kongressfabriken ermäßigten die Preise auf 2700—3200 M je Pfd. je nach Qualität. — Schmalz: Der Rückgang der Schweinepreise auf dem höchsten Viehmarkt hat die Konsumnachfrage nach amerikanischem Schmalz beeinträchtigt, so daß das Geschäft zurzeit bei gedrückten Preisen sehr ruhig ist. Die amerikanischen Märkte haben ihre feste Tendenz behalten. Die heutigen Notierungen sind: Pure Lard 3600 M, Berliner Bratenfett 3600 M, Rinderpeisefett 3000 M. — Speck: Rühlg. Gelfalzer Rückenpeck notiert 3500—3600 M.

Eierpreis. In den an der Aller gelegenen bayerischen Besitzämtern haben sich die Eierhändler zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammenschlossen, deren Zweck ist, einen einheitlichen, angemessenen Eierpreis festzusetzen, der nicht überschritten werden darf. Zurzeit ist dieser Einheitspreis 100 M für das Ei.

Märkte

Stuttgart, 15. März. Schlachthofmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 35 Ochsen, 25 Bullen, 140 Junabullen, 120 Jungkinder, 141 Kühe, 334 Kälber, 548 Schweine, 24 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte 1900—2000 (letzter Markt: 1950—2100), 2. Sorte 1550—1750 (1450—1800), Bullen 1. Sorte 1600—1700 (1600—1750), 2. Sorte 1250—1500 (1350 bis 1500), Jungkinder 1. Sorte 1900—2050 (1950—2150), 2. Sorte 1600—1750 (1650—1800), 3. Sorte 1300—1500 (vnm), Kühe 1. Sorte 1400—1550 (1400—1600), 2. Sorte 1050—1250 (1100 bis 1300), 3. Sorte 700—850 (750—900), Kälber 1. Sorte 1900—2000 (1850—2150), 2. Sorte 1700—1800 (1750—1900), 3. Sorte 1450 bis 1600 (1450—1650), Schweine 1. Sorte 2450—2550 (2600—2750), 2. Sorte 2150—2350 (2400—2550), 3. Sorte 1800—2000 (2100 bis 2300) Mark. Verlauf des Marktes: lausam.

Jugend-Abend der Ev. Gemeinde.

Am Sonntag, den 18. März, abends 8 Uhr im Saal des Bahnhofshotel.
Vortrag von Pastor Schubert: Stuttgart: Jugend von und für heute. Einzelgesang. Mitwirkung des Kirchenchors, des Jünglings- und Jungfrauenvereins.
Jedermann willkommen. Eintritt frei. Kein Trinkschank.
J. U. Dr. Federlin.

Forstamt Meistern.

Stamm- und Nutzholz-Berkauf.

Am Montag, den 19. März, vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zum „Stern“ in Wildbad aus Staatswald Meistern, Abt. 5, 9, 13, 14, 15, 16 und Banne Abt. 13, 14, 25, 26, 37, 54 — 19 Buchen mit Fm. 3,46 III., 3,81 IV., 5,41 V. Kl.
Am. 13 buch. Spalter, 38 Papierroller I.—III. Kl., 114 Nadelholz-Nutzholz-Auswurf, zu Papierholz geeignet. Registerauszüge vom Forstamt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zu einem großen Kohlenlager-Schuppen habe ich im Auftrag der Papierfabrik Wildbad folgende Arbeiten zu vergeben:

Die Grab-, Planierungs- und Betonarbeiten, die Dacheindeckung und die Zimmerer-Arbeiten.

Kostenanschlag und Bedingungen liegen auf meinem Büro von Freitag, den 16. bis Dienstag den 20. ds. Mts. zur Einsicht auf, woselbst auch die Offerten bis 20. abends 6 Uhr in Prozenten ausgedrückt, einzureichen sind. (Zuschlagsfrist 3 Tage).

Die Bauleitung:
E. Hugenlaub, Architekt
Graf Eberhardbau Tel. 115.



Färberei Büsing
chem. Waschanstalt
Annahmestelle Wildbad:
Geschwister Fiam Wildbad.

Tüchtiger Klavierstimmer, auch Reparateur

ist für einige Tage hier. Hochmännliche Bedienung, billigste Preise. Anmeldungen erbeten an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Eine neue Waschkommode mit Aufsatz zu verkaufen.

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Wildbad, 14. März 1923.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwiegervater und Großvater

Fritz Hammer

ist nach kurzem Leiden heute nachm. 4.15 Uhr im Alter von 59 1/2 Jahren sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Herzog, geb. Hammer,
mit Gatte u. Töchterlein
Clara Schmidt, geb. Hammer,
mit Gatte u. Töchterlein
Mina Hammer.

Beerdigung Samstag nachm. 5 Uhr.



Wenn Sie zum Osterfest neues Schuhwerk benötigen, so kaufen Sie nur die Marke

MERCEDES

Sie finden bei uns alles was Sie suchen: Neue Modelle Neue Ausführungen Für jeden Fuß einen passenden Stiefel!

Wildbad :: Schuhhaus Treiber

Nächster Tage trifft ein

Waggon Futterrüben

ein. Preiswerte, gesunde Ware. Sofortige Bestellungen nimmt im Auftrage entgegen

Romano Chierogato.

Bersteigerung.

Montag, den 19. März, von vorm. 9 Uhr ab

im Hotel Klumpp, Eingang gegenüber Hauptbadgebäude, gegen Barzahlung zur freiwilligen Bersteigerung:
Gebrauchte polierte Möbel aller Art nämlich:

Tische, Kommoden, Nachttische, einfache Waschtische, Schreibtische, Blumen- und Kleiderkänder, sehr gut erhaltene Polstermöbel (Sofas, Sessel u. Stühle), darunter für größeren Gesellschaftsraum geeignetes großes Sofa, sowie ein Rundsofa. Ein gemaltes Glasfenster mit Eisenrahmen, eine reich geschnitzte eichene Schimmereinrichtung bestehend aus Buffet, Tisch, Polsterbank und 8 Polsterstühlen, verschiedene Spiegel und Bilder, teilweise in sehr schönen Goldrahmen. Petroleumofen, Petroleumstehlampen, Vorhanggalerien, Portieren, Vasen, Standuhren und Verschiedenes.

Hotel Klumpp in Wildbad

G. m. b. H.

Linden-Lichtspiele

Freitag abend 9 Uhr
Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 9 Uhr

Das Riesen-Programm

Narr und Tod

Großes indisches Ausstattungsdrama

Als Beiprogramm:

Joe Martin und der Alkohol
Amerik. Grotteske in 2 Akten.

Radfahrer-Berein

Wildbad.
Morgen abend 8 Uhr
Reigenfahren
in der Turnhalle.
Vollzähliges Erscheinen sämtlicher Aktiver, sowie Jungfahrer dringend notwendig.
Der Fahrwart.

Putzartikel, Stahlpläne, Bohnerwachs.

A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie.

Berein ehe. Soldaten u. Kriegsteilnehmer.

Unser Kamerad
Fritz Hammer
ist gestorben.
Beerdigung Samstag nachm. 5 Uhr.
Antreten 1/4 Stunde vorher am Rathaus.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
der Vorstand.

